

Haushaltsrede SPD-Fraktion 2026

Sehr geehrte Frau Schokatz, sehr geehrter Herr Ockert,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gundelsheimer Bürgerinnen und Bürger,

nachdem (voraussichtlich) die anderen Fraktionen ihre Haushaltsrede gehalten haben, möchte ich stellvertretend für uns als kleinste Fraktion hier im Gemeinderat Sie nicht mit erneuter Auflistung des komplexen und in diesem Haushaltsjahr sehr ernüchternden und besorgniserregenden Zahlenwerk belasten.

Vielmehr ist es uns in diesem Jahr ein Anliegen Ihnen als interessierten Besucher der Gemeinderatssitzung einen Einblick über den Verlauf der Beratungen im Vorfeld der öffentlichen Gemeinderatsitzungen zu geben.

In unseren Beratungen in der Fraktion ist das Thema „Öffentlichkeit von Sitzungen“ in letzter Zeit wiederholt ein Thema.

Warum?

Sitzungen in der Politik im Allgemeinen sind aus mehreren wesentlichen Gründen öffentlich:

Sie sind...

- **Grundpfeiler der Demokratie:** Die Öffentlichkeit der Verhandlungen ist ein wesentliches Element der repräsentativen Demokratie und des Parlamentarismus. Sie stellt sicher, dass der Prozess der Entscheidungsfindung für Bürger nachvollziehbar ist.

- **Transparenz und Kontrolle:** Das Parlament dient als Forum, in dem die Regierung ihre Pläne und Maßnahmen darlegt und rechtfertigt. Die Öffentlichkeit macht Politik durchsichtig.

- **Bürgerbeteiligung:** Bürger sollen nicht nur Wähler sein, sondern verstehen, wie Entscheidungen entstehen und welche Interessen vertreten werden. Die Sitzungsöffentlichkeit gewährt jedem direkten Zugang zu den Verhandlungen.

Selbstverständlich gelten diese Grundlagen der Demokratie - vielleicht auch noch in stärkerem Maße – für die Kommunalarbeit. Hier sind wir nah am Bürger dran, hier erlebt der Bürger Politik – hier erfährt er wie seine Anliegen gehört und die berechtigten Bedürfnisse auf ein zufriedenstellendes Leben in der Heimat angenommen werden.

Wir als SPD-Fraktion werden darauf achten – und auch darauf drängen, dass nichtöffentliche Beratungen die Ausnahme bleiben. Die Gemeindeordnung setzt hier enge Grenzen, etwa bei Personalangelegenheiten oder bei Vergabeverfahren. Alles andere muss öffentlich bleiben!

Eine weitere Ausnahme sind Ausschüsse.

- **Funktionsweise:** Die öffentliche Debatte im Plenum dient dazu, Politik transparent zu machen, auch wenn die eigentliche inhaltliche Detailarbeit oft in Ausschüssen stattfindet.

Und dies war in der Haushaltsstrukturkommission in den letzten Jahren immer der Fall.

Durch NÖ-Vorberatungen kann der Eindruck entstehen, dass im Gemeinderat nicht diskursiv die Themen erörtert werden und die Bürgerschaft fühlt sich im Entscheidungsprozess möglicherweise nicht mitgenommen.

Deshalb möchten wir Ihnen liebe Bürger einen Einblick ermöglichen.

Nach §41 der Gemeindeordnung in BW handelt es sich bei der HHStK um einen beratenden Ausschuss, aus dem ich Ihnen über den Gang der Beratungen (VwV GemO zu §39-41) berichten darf.

Die 1. Sitzung fand bereits am 4. November 2025 statt, in dieser ersten Zusammenkunft konnten wie üblich die Ortsvorsteher der Stadtteile ihre Anliegen und Wünsche, d.h. zu Unterhaltung aber im Besonderen zu Investitionen für das nächste Haushaltsjahr, vortragen.

Bei der 2. Sitzung stand der Vorbericht für den Eigenbetrieb Freibad auf der Tagesordnung und die Mitglieder wurden detailliert über den Wasserhaushalt 2026 informiert und Maßnahmen und Entwicklungen, die über 2026 hinausgehen wurden, vorgestellt.

Bei der 3. Sitzung stand das Thema Feuerwehrhaushalt und Katastrophenschutz, vorgestellt von Tobias Gärtner, auf dem Plan.

Am 15. Dezember wurden dann das Thema Personalhaushalt von Herrn Sprenger und der Investitionshaushalt von Frau Ambiel vorgestellt.

In diesen Sitzungen wurden Streichungen vorgenommen, da durch finanzielle Einschränkungen wie in den Vorjahren nicht allen genannten Wünschen und Anliegen entsprochen werden konnte. Und bei den diesjährigen Haushaltsvorberatungen war schnell offensichtlich, wie prekär die finanzielle Lage der Stadt ist und mindestens weiterhin in den nächsten zwei Jahren bleiben wird.

Am 24. Februar fand dann in einer 5. Sitzung eine weitere Streichrunde als Vorarbeit für die darauffolgende Gemeinderatssitzung statt.

Durch die Vorgabe der Verwaltung über intern gesetzte Prioritäten und Streichungen sowie der Unabdingbarkeit von KÜRZUNGEN verliefen die Diskussionen im Vergleich zu den Vorjahren nicht sehr kontrovers.

Uns als SPD-Fraktion war – bei allen schmerzhaften Kürzungen – immer wichtig, dass Bildung, Kinderbetreuung, Soziales und Sicherheit weiter gewährleistet bleiben. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen

Die 6. Sitzung der HHStK konnte durch ausführliche Gespräche und Beratungen mit der Kommunalaufsicht, den einschneidenden Streichungen und Kürzungen von Pauschalen von 20% der jährlich wiederkehrender Unterhaltungsmaßnahmen, der Streichung bzw. Schiebung von Haushaltsansätzen geringer Priorität abgesagt werden: **es wurden insgesamt annähernd 1,3 Mil.€ gespart!**

Zusammen mit dem angepassten Ansatz für die Gewerbesteuer und der Endabrechnung für 2025 konnte in der März Sitzung mit den Echtzahlen der Gemeinderat letztmalig den Haushalt 2026 beraten.

Durch die produktive Zusammenarbeit von Kämmerei, Finanzaufsicht, Mitarbeitern der Verwaltung und Gemeinderatsmitgliedern konnte die Genehmigungsfähigkeit zusätzlich im Bereich von Schulden, Zinsen und Mindestliquidität von pauschal 500T€: das sind 2% aller durchschnittlichen Auszahlungen der vorherigen 3 Jahre ein genehmigungsfähiger Haushalt, erreicht werden.

An dieser Stelle möchten wir Herrn Ockert und seiner Mitarbeiterin Frau Steinle sehr herzlich für ihre aufwändige und im Angesicht der sehr schwierigen Haushaltslage für ihre Arbeit und Engagement danken.

Und dieser mühselig erarbeitete Haushalt 2026 liegt uns nun vor.

Nochmals: niemand setzt gerne den Rotstift an. Wir denken aber, dass die Kürzungen noch vertretbar sind.

Was folgt nun im Weiteren daraus?

Die nächste Haushaltsplanung für 2027 beginnt in einem halben Jahr, die finanzielle Situation der Kommunen deutschlandweit hat laut dem Städte- und Gemeindebund in den letzten drei Jahren ein Defizit von knapp 62 Milliarden Euro angehäuft.

Als Kreisangehörige Stadt muss Gundelsheim dieses Jahr durch die gestiegene Kreisumlage ca. 1 Mil. € mehr an den Landkreis überweisen.

Die Defizite steigen, da sowohl die Einnahmen sinken als auch die Ausgaben steigen.

Für Kommunen, die sich hauptsächlich aus Steuereinnahmen finanzieren, führt die momentane Wirtschaftskrise, die erratische Politik im transatlantischen Bündnis, mittlerweile zwei furchtbaren Kriegen, die Europa und damit Deutschland wesentlich betreffen, ist es äußerst schwer sich aus einer Verschuldungsspirale durch explodierende Mehrausgaben zu befreien.

Der Bund und das Land bestellen vielfach Leistungen, die sie aber nicht zahlen, dadurch verlagert sich die finanzielle Belastung auf die kommunale Ebene.

Mit den kommunalen Defiziten steigt der Druck zu Sparmaßnahmen und dem Abbau oder Einschränkung der örtlichen Daseinsvorsorge.

Wir als SPD-Fraktion wollen diesen Balanceakt konstruktiv begleiten und aktiv angehen.

Das entscheidende Bindeglied zwischen Kommune und seinen Bürgerinnen und Bürgern ist das subjektiv erfahrenen Alltagsleben: hier wird der Erfolg der Politik gemessen.

Wir sind froh über die Entscheidung des Gemeinderats die Ganztagsbetreuung an der Grundschule zu erweitern und im nächsten Bauabschnitt an der Grundschule zeitgemäße Lern- und Arbeitsformen zu installieren. Ein renovierter moderner Lebensraum in der Kita Regenbogenland ermöglicht den Familien sich in ihrer Stadt wohlfühlen und bedeutet, dass wir uns um unsere Bürgerinnen und Bürger kümmern.

Wir wollen weiterhin ein attraktives Freibad, eine gut sortierte Bücherei und Unterstützung von Ehrenamt und Vereinsleben.

Nur solange es uns gelingt eine lebenswerte Kommune zu halten und zu verbessern, können wir Tendenzen von der rechtsextremen Seite des politischen Spektrums effektiv entgegentreten.

Gleichzeitig fordern wir einen neu zu bedenkenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das schließt Umstrukturierungen im Personalwesen, mehr und konsequent fortgeführte Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und Videokonferenz und stringente Umsetzung von Planungen in Energieeffizienz und Umstellung auf nachhaltigen Energieverbrauch mit ein.

Der von uns als SPD-Fraktion initiierte Antrag auf Einrichtung digitaler Zuschaltung bei Gemeinderatssitzungen ist dieses Jahr nur verschoben, auch wollten wir heute ursprünglich unter Verschiedenes einen Antrag zum Thema Tourismus, das z.B. Einfluss auf das Thema Personal- und sonstige Einsparungen haben könnte, stellen. Telefonisch wurde mir heute von Herrn Sprenger bestätigt, diesen Punkt in der Maisitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Zum Bereich Klimaschutz können wir und ich persönlich nur hoffen, dass der Gemeinderat im Angesicht einer wahrscheinlich nicht nur kurzen Weltwirtschaftskrise, nicht nur durch verheerende Kriege im Nahen Osten mit einhergehenden sehr hohen Energiepreisen z.B. die Entscheidung gegen klimafreundliche und im Unterhalt günstige E-Fahrzeuge im Bauhofbereich zu überdenken.

Solange die Kommunen sich in Abhängigkeit von den Steuereinnahmen (Zuweisung von Anteilen an Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und Finanz-Ausgleichszahlungen vom Land), die durch Rezession weiter schwinden könnten, kann diese Haushaltskrise im kommunalen Bereich auch unserer Stadt nicht beendet werden.

Das Sondervermögen Infrastruktur kann den Einbruch bei Investitionen nicht langfristig beheben, nur etwas abschwächen.

Nichtsdestotrotz sollten wir uns noch dieses Jahr entscheiden, wofür wir die 5 Mio. € aus dem Sondervermögen sinnvoll einsetzen möchten. Die Wirtschaft braucht gerade jetzt die Aufträge, und nicht erst in 5 Jahren. Und auch wir als Kommune müssen Handlungsfähigkeit zeigen.

Die SPD-Fraktion in Gundelsheim steht für eine pragmatische Politik, die an der Sache; und d.h. dem Wohlergehen unserer Bürger orientiert ist, wobei der Schwerpunkt im Bereich Bildung, Infrastruktur und sozialer Infrastruktur liegt.

Beispielsweise ist gleichzeitig grundsätzlich zu überdenken, wie der Spagat zwischen Investitionen in Straßen, deren Planung und Finanzierung teilweise Jahre dauern und die öffentliche Wahrnehmung von Stillstand in diesem Bereich kurzfristig überbrückt werden kann.

Ein Zeichen von gelungener Demokratie ist auch, dass die Lebensqualität in Gundelsheim von unseren Mitbürgern als gelungen wahrgenommen wird und wir an deren Verbesserung stetig arbeiten.

Damit vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und wir wünschen uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und im Gemeinderat.

Danke, die SPD-Fraktion Gundelsheim